

KAMBODSCHA

DR. DANIEL SCHMÜCKING

ROBERT HÖR

31. Juli 2018

www.kas.de/Kambodschawww.facebook.com/kaskambodscha

Auf dem Weg zum Einparteienstaat

KAMBODSCHAS WAHLEN ZUR NATIONALVERSAMMLUNG



Das Bild zeigt die Kambodschanische Nationalversammlung.

Am 29. Juli wurde in Kambodscha die sechste Nationalversammlung (NA) gewählt. Das vorläufige Ergebnis: Die Kambodschanische Volkspartei (KVP) gewinnt nach eigenen Angaben alle Sitze im Parlament, damit bleibt Hun Sen Premierminister. Er verlängert seine 33-jährige Amtszeit mit dem besten Wahlergebnis der KVP seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1993. Daher bleibt er der am längsten amtierende Regierungschef der Welt. Dies kam nicht allzu überraschend, nachdem 2017 mit der Kambodschanischen Nationalen Rettungspartei KNRP die größte Oppositionspartei unter zweifelhaften Anschuldigungen vom Obersten Gerichtshof aufgelöst wurde. Durch die de facto Abschaffung regierungskritisch berichtender Medien, einem erheblichen Wettbewerbsvorteil im Wahlkampf und Druck auf Opposition und Wähler, kann nicht von freien und fairen Wahlen gesprochen werden. Dieser Länderbericht stellt die Ausgangslage vor den Wahlen und das Ergebnis vor und analysiert die Implikationen für die zukünftige Entwicklung Kambodschas.

Mit Auflösung der KNRP im November letzten Jahres, war ein Wahlsieg der KVP unvermeidlich. Dennoch wurde mit Spannung

auf den Wahltag geblickt. Offen war dabei vor allem, wie die kleineren Oppositionsparteien abschnitten und wie hoch die Wahlbeteiligung sein würde. Bei der Wahlbeteiligung ging es vor allem um die Frage, inwieweit die Regierung durch die Wahlen legitimiert wird. Die KVP war daher an einer hohen Wahlbeteiligung interessiert. Da das offizielle Wahlergebnis von der Nationalen Wahlkommission erst Mitte August verkündet wird, existieren bislang lediglich Erklärungen der Parteien und Berichte von nationalen und internationalen Journalisten. Die bisherigen Ergebnisse sind aus einer demokratischen Perspektive ernüchternd. Keine der 19 Oppositionsparteien konnte die Wähler von sich überzeugen. So verkündete die KVP am Tag nach den Wahlen, ohne die offiziellen Ergebnisse abzuwarten, dass sie alle 125 Sitze errungen habe. Die Wahlbeteiligung lag bei 82,89 Prozent und somit prozentual höher als bei den Wahlen 2013 (69,61 Prozent). Die Zahl der registrierten Wähler war aber um 1,3 Mio. geringer als 2013. So dass insgesamt 200.000 Wähler weniger ihre Stimme abgaben. Trotz des Bevölkerungswachstums Kambodschas nahmen weniger Wähler an der Abstimmung teil. Bei den vorherigen fünf Wahlen zur Nationalversammlung waren immer mehr Wähler registriert als bei den Wahlen zuvor. Besonders in den ehemaligen KNRP-Hochburgen registrierten sich weniger Wähler. Die niedrige Registrierung kann entsprechend als Ausdruck von Protest inter-

pretiert werden. Ebenso die Abgabe von ungültigen Wahlzetteln. Da eine abgegebene Stimme mit Tinte am Finger vermerkt wird, die bis zu einer Woche hält, befürchteten viele Wähler, dass sie ohne diese Tinte Konsequenzen erwarten würden. Diese Befürchtungen liegen in Androhungen dieser Art von Regierungsseite begründet. Auch deshalb haben wohl 587.137 Wähler ihre Stimmen ungültig gemacht (8,57 Prozent).¹ Diese Zahl ist höher, als die Anzahl der Stimmen für die größte Oppositionspartei. Denn laut Phnom Penh Post errang die KVP 76,78 Prozent der Stimmen. Die zweitstärkste Partei war die royalistische FUNCINPEC mit 5,88 Prozent der Stimmen.²

	1993	1998	2003	2008	2013	2018
Registrierte Wähler	4.764.430	5.395.595	6.341.834	8.125.529	9.675.453	8.380.217
Wahlbeteiligung	89,56%	93,74%	83,22%	75,21%	69,61%	82,17%
Anzahl der Sitze	120	122	123	123	123	125
Anzahl von Parteien im Parlament	4	3	3	5	2	1
KVP Anteil (Sitze und Prozent der Stimmen)	51	64	73	90	68	125
Anteil größte Oppositionspartei	FUN-CINPEC Partei: 58	FUN-CINPEC Partei: 43 Sam Rainsy Partei: 15	FUN-CINPEC Partei: 26 Sam Rainsy Partei: 24	Sam Rainsy Partei: 26	KNRP: 55	K.A.
Frauenanteil in der Nationalversammlung	5,58%	12,3%	19,51%	21,1%	20,3%	K.A.

Tabell: Übersicht der Wahlen seit 1993, für 2018 noch kein offizielles Endergebnis

Der Wahltag verlief sehr ruhig und friedlich. Sogar so ruhig, dass viele Journalisten und zivilgesellschaftliche Akteure in den sozialen Medien Zweifel an der Korrektheit der

¹ Hutt, David 2018, Spoilt ballots tally a major protest at Cambodia's poll, Asia Times, 30.07.2018, in:

<http://www.atimes.com/article/spoilt-ballots-tally-a-major-protest-at-cambodias-poll/> [31.07.2018].

² Sokhean, Ben 2018, CPP sweeps National Assembly as figures from elections come in, The Phnom Penh Post, 31.07.2018, in <https://www.phnompenhpost.com/national/cpp-sweeps-national-assembly-figures-elections-come> [31.07.2018].

Wahlbeteiligung äußerten.³ In wie weit der technische Ablauf der Wahlen korrekt verlief, ist schwer zu beurteilen, da es keine umfassende, internationale und unabhängige Wahlbeobachtermission gab. Ähnlich ruhig wie der Wahltag verlief die 20-tägige Wahlkampfzeit. Diese vergleichsweise Stille in der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft, liegt hauptsächlich an der Inhaftierung des Oppositionsführers Kem Sokha am 3. September 2017 und der Auflösung der größten Oppositionspartei am 16. November 2017. Hinzu kommt die Schließung und Einschüchterung diverser Medien, wie beispielsweise Radio Free Asia, gezielte Inhaftierungen und verbale sowie rechtliche Drohungen, sollten die Wähler nicht zur Wahl gehen. Lediglich die Kritik von internationalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen sowie von westlichen Geldgebern sorgte hin und wieder für einen verbalen Schlagabtausch mit der Regierungspartei und seinen internationalen Unterstützern. Selbst die Aufforderung des im Exil lebenden Ex-Oppositionsführers Sam Rainsys zum Wahlboykott löste keine Massenbewegung aus. Zu groß waren die Angst vor Repressionen und das Gefühl von Resignation in der Bevölkerung.

Ein Großteil der Kambodschaner nahm deshalb ihr Wahlrecht wahr und stimmte für die Regierungspartei, die im Wahlkampf mantaraartig Wachstum, Frieden und Stabilität versprach. Somit sichert die KVP ihre Vormachtstellung auf allen Ebenen und wird Kambodscha weiter dominieren. Es gibt nach den Wahlen in Kambodscha keine parlamentarische Opposition mehr, die Medienfreiheit ist eingeschränkt, die Zivilgesellschaft ist eingeschüchtert. Die Weichen zum Einparteiensstaat sind somit gestellt.

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen: Vorteil KVP

Seit der VN-Friedensmission „United Nations Transitional Authority in Cambodia“ von 1991 bis 1993 hat sich Kambodscha kontinuierlich von einem Bürgerkriegs- zu einem stabilen und wirtschaftlich wachsenden Land entwickelt. Planwirtschaftliche Elemente eines Einparteiensstaats wurden zugunsten von Marktwirtschaft und einem Multipartei-

³ Chan Thul, Prak/Sawitta Lefevre, Amy, Cambodian PM's party claims election rout, opposition sees 'death of democracy', Reuters, 30.07.2018

<https://www.reuters.com/article/us-cambodia-election/cambodian-pms-party-claims-election-rout-opposition-sees-death-of-democracy-idUSKBN1KK01C> [31.07.2018].

ensystem aufgegeben. Und auch wenn die Qualität des demokratischen Systems mangelhaft war, fanden regelmäßig durchaus kompetitive Wahlen statt. So wurden seit 1993 bisher sechs Wahlen zur Nationalversammlung, vier Kommunalratswahlen und drei indirekte Senatswahlen durchgeführt.

Sämtliche dieser Wahlen wurden auf die eine oder andere Weise national und international kritisiert. Dabei steht weniger das Wahlsystem im Zentrum der Kritik, sondern vielmehr die Wettbewerbsbedingungen für Oppositionsparteien. Das umfasst zahlreiche Faktoren, wie beispielsweise die Tatsache, dass die größten Medien regierungsnah sind und daher die Berichterstattung stark beeinflusst ist. Weitere Punkte sind die finanziellen und strukturellen Vorteile der KVP nach sehr langer Regierungszeit und die Instrumentalisierung von Gesetzen.

Im Wahlkampf stach dabei eine Kampagne besonders heraus: die Charmeoffensive Hun Sens gegenüber den Textilarbeiterinnen in den Sonderwirtschaftszonen. Hier ist es Hun Sen gelungen ehemalige KNRP-Wähler an sich zu binden, indem konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen umgesetzt wurden. So wurden Strompreise gesenkt, kostenfreie Bustickets ausgestellt und der Mindestlohn ad hoc angehoben. Hun Sen händigte auf Wahlkampfveranstaltungen an Textilarbeiterinnen zudem je 5 USD aus, 100 USD an Schwangere. Im Zuge dessen fand eine zunehmende Heroisierung Hun Sens statt, der zahlreiche Massenveranstaltungen mit zehntausenden von jungen Arbeiterinnen für seine Darstellung in den sozialen Medien nutzte.



Das Bild zeigt Premierminister Hun Sen und seine Frau Bun Rany bei der Stimmabgabe in Takhmao⁴.

⁴ Pha Lina, Preliminary turnout said to be over 82% as votes are cast, 31.07.2018, Phnom Penh Post, in: <https://www.phnompenhpost.com/national/preliminary-turnout-said-be-over-82-votes-are-cast> [31.07.2018].

Der Wahlkampf der KVP wurde von einer dazu passenden gemäßigeren Regierungsrhetorik begleitet. Diese war weniger konfrontativ gegenüber den Mitbewerbern als noch bei den Kommunalwahlen im Vorjahr. Diesem neu gefundenen Harmoniebedürfnis folgend, forderte Hun Sen alle Parteien zu positiven Wahlkampagnen auf und schob somit der Regierungskritik einen Riegel vor.

Internationale Kritik an den Wahlen

Die ungleiche Ausgangslage wurde scharf vom Europäischen Parlament, westlichen Nationalparlamenten und sogar der interparlamentarischen Versammlung der ASEAN-Staaten kritisiert. In zahlreichen Resolutionen und auch Sanktionen von Regierungen der USA, Deutschland und der EU, spiegelt sich die Unzufriedenheit mit den Rahmenbedingungen und Entwicklungen wider. Darüber hinaus nahmen erstmalig keine unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Akteure wie LICADHO, COMFREL oder Transparency International als Wahlbeobachter teil.

Die USA reagierte bereits am Folgetag der KNRP-Auflösung mit der sofortigen Einstellung der Unterstützung für die Nationale Wahlkommission. Es folgten Visaeinschränkungen für verantwortliche Beamte und die Verabschiedung des „Cambodia Democracy Act“ am 10. Mai 2018. Das Gesetz definierte weitere Sanktionen gegen die kambodschanische Regierung, darunter die Sperrung von Konten und das Einfrieren von Vermögen sowie das Aufrechterhalten von Visaeinschränkungen. Die EU hingegen reagierte zögerlicher als die USA, stellte dann aber ebenfalls die Unterstützung für die Nationale Wahlkommission ein.

Auch in Deutschland wurde die Menschenrechts- und politische Lage in Kambodscha diskutiert. So antwortete die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen Fraktion im Deutschen Bundestag, dass diese sich intensiv für die Freilassung von Kem Sokha (KNRP) und die Wiedereinsetzung der mit einem Politikverbot belegten 118 Spitzenpolitiker in Gesprächen einsetze. Des Weiteren unterstützt die Bundesregierung das Vorgehen der EU und reagierte ebenfalls mit entwicklungspolitischen Programmaussetzungen auf die politischen

liminary-turnout-said-be-over-82-votes-are-cast [31.07.2018].

Entwicklungen in Kambodscha.⁵ Die Kritik spiegelt sich zuletzt in einer Stellungnahme des Auswärtigen Amts wider, in der es heißt, dass die Bundesregierung den friedlichen Wahlverlauf zu Kenntnis nimmt. Gleichzeitig thematisiert die Bundesregierung die Inhaftierung Kem Sokhas, die Verbannung von Spitzenpolitikern und Auflösung der KNRP und erinnert an die Werte des Pariser Friedensabkommens von 1991.

Das einzige westlich-demokratische Land, das seine Unterstützung für die Nationale Wahlkommission nicht einstellte und sich in der öffentlichen Debatte zurückhielt, war Japan. Dennoch entsandte Tokio keine eigene Wahlbeobachtungsmission. Japan verfolgt in Kambodscha eine stärker geopolitisch geleitete Außenpolitik als die Europäer und versucht so den Einfluss Chinas zu balancieren.

Gewählt. Wie geht es weiter?

Sollte es sich mit der Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses bestätigen, dass die Kambodschanische Volkspartei alle Sitze im Parlament gewonnen hat, wäre das ein deutliches Zeichen für den Stand der Demokratie in Kambodscha. Ohne nennenswerte Opposition in der Nationalversammlung, im Senat und in den Kommunalräten kann die KVP ihre Macht weiter festigen und sich mit internen Fragen befassen. Die wohl wichtigste Frage wird sein, wer die Nachfolge Hun Sens antritt. Auch wenn dieser die politische Erbschaftsfrage gegenwärtig abwinkt und verkündet, noch weitere 10 Jahre zu regieren, ändern sich die sozialen Realitäten tagtäglich. Kambodscha ist ein sehr junges Land mit Zweidrittel der Gesamtbevölkerung unter 30 Jahren. Wie sich bereits bei den Wahlen 2013 zeigte, wird die junge Bevölkerung immer wichtiger. Anders als ältere Generationen ist diese gegenüber einer Post-Bürgerkriegsrhetorik und einer politischen Argumentation, die immer noch geprägt ist von der Zeit der Roten Khmer, weniger aufgeschlossen.

Wie in jeder Generation zeichnen sich neue Bedürfnisse, Lebensvorstellungen und Erwartungen ab, die erfüllt werden wollen. Insofern werden Rufe nach weniger Korruption und Nepotismus und mehr staatlicher

Effizienz, wirtschaftlicher Diversifikation und Attraktivität lauter. In einem politischen System ohne Opposition, ohne Medienfreiheit, ohne schlagkräftige Zivilgesellschaft und ohne einen funktionierenden Rechtsstaat dürfte es sehr schwierig werden, diese Probleme zu lösen. Gleichzeitig drängt die junge Generation auch massiv auf den Arbeitsmarkt. Um weiterer Unzufriedenheit vorzubeugen, muss die kambodschanische Wirtschaft genügend adäquate Jobs bereitstellen.

Dem gegenüber steht ein Patronagenetzwerk, das auf den Premierminister zugeschnitten ist. Er sichert sich so die Loyalität von Schlüsselakteuren in Militär, Polizei und Beamtentum. Der Zuschnitt des politischen Systems auf eine Person birgt erhebliche Gefahren für die zukünftige Übergabe der Regierungsverantwortung. Die derzeitige wahrscheinlichste Option ist, dass es zu einer Übergabe von Hun Sen an seinen Sohn Hun Manet kommt, der innerhalb der Armee gut vernetzt ist. Wann und wie der Machtwechsel stattfindet, ist allerdings nicht vorhersehbar.

Eine wichtige Frage ist zudem, wie und ob Kambodscha versucht den angerichteten Schaden in seinen Beziehungen zum Westen zu reparieren. Einerseits reagiert die Regierung hart auf vermeintliche Interventionen in innere Angelegenheiten. Andererseits braucht Kambodscha die EU und USA als wichtige Absatzmärkte vor allem für Textilprodukte. Derzeit werden 80 Prozent der Textilprodukte, die 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, in diese Märkte exportiert. Der zollfreie Zugang zum Europäischen Binnenmarkt über den „Everything But Arms Status“ wird aktuell von der EU überprüft. Hier bedarf es klarer Signale von kambodschanischer Seite zur Verbesserung der Menschenrechtssituation. Ein solches Signal wäre die Freilassung von Kem Sokha und die Wiederzulassung der 118 Spitzenpolitiker der KNRP. Zwar nicht demokratischen Grundsätzen entsprechend, aber durchaus denkbar wäre auch, dass ähnlich wie nach der Auflösung der KNRP 2017 die KVP auf Sitze im Parlament zu Gunsten kleinerer Parteien verzichtet.

Den aktuell schlechten USA-Kambodscha-Beziehungen stehen die sehr guten Kambodscha-China-Beziehungen gegenüber. Mit enormen Investitionen in Infrastruktur, militärischen Kooperationen und einer Nicht-einmischungskultur sichert sich China die Gunst Kambodschas. Bislang verfolgt Kambodscha zumindest in der Rhetorik eine

⁵ Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Kleine Anfrage, Demokratie und Menschenrechte in Kambodscha, 19.02.2018, Deutscher Bundestag, in: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/190816.pdf> [31.07.2018].

neutrale Außenpolitik. Diese könnte aber mit steigendem chinesischem Einfluss immer stärker in Gefahr geraten. Kambodscha braucht den Westen, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen diversifiziert zu halten, um nicht wieder Spielball regionaler und globaler Mächte zu werden, sondern eine eigenständige statt fremdbestimmte Außenpolitik betreiben zu können.